

Datum: 22.06.2020

Antrag: Gemeinderat Ausrufung Klimafreundliche Gemeinde Baierbrunn

Sehr geehrter Bürgermeister, sehr geehrter Gemeinderäte

Hiermit beantragen wir die Ausrufung zur klimafreundlichen Gemeinde Baierbrunn (Klimanotstand).

*Vor dem Hintergrund der drohenden Erderwärmung und der hiermit einhergehenden Folgen soll durch die Ausrufung des Klimanotstandes die Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen bei den gemeindlichen Entscheidungen und Aktivitäten höchste Priorität erhalten. Das Engagement der Bürger*innen, die sich für Klimaschutz einsetzen, soll damit durch die Gemeinde unterstützt werden.*

Folgende Punkte sollen beschlossen werden:

- 1) Der Gemeinderat Baierbrunn
 - erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.
 - bekennt sich ausdrücklich zum Pariser Klimaschutzabkommen und stellt fest, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung zu begrenzen.
 - beschließt zukünftig (sobald der noch zu erstellende Leitfaden verabschiedet ist) bei allen Entscheidungen des Gemeinderats die Auswirkungen auf das Klima zu beachten und solche Lösungen zu bevorzugen, die sich positiv auf Klima, Umwelt und Artenschutz auswirken, bzw. am wenigsten negative Einflüsse haben.
- 2) Die Gemeindeverwaltung überarbeitet im Sinne der Verbesserung des Klimaschutzes ihre internen Beschaffungsrichtlinien bzw. entsprechende interne Vorgaben nach einem verwaltungsinterne Leitfaden, sobald er in Zusammenarbeit der Verwaltung mit dem KUV - Ausschuss erstellt ist.
- 3) Der Bürgermeister berichtet dem Gemeinderat und damit auch der Öffentlichkeit halbjährlich über die Auswirkungen des Beschlusses sowie die Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der klimaschädlichen Emissionen. Der Bericht soll nicht die jährliche CO₂-Bilanz ersetzen, sondern auf der Ebene der Planung und Umsetzung, Fortschritte und Hindernisse beschreiben.

Vorgehensweise:

Um die mit der Feststellung des Klimanotstandes verbundenen Prioritätenverschiebung sinnvoll in den Arbeitsalltag der gemeindlichen Verwaltung zu integrieren, wird folgende Vorgehensweise vorgeschlagen:

- Die Verwaltung wird beauftragt, sich durch geeignete Prozesse mit der Anpassung des Verwaltungshandelns an den Klimawandel zu befassen. Die Ergebnisse dieses Prozesses werden dem Gemeinderat zur Diskussion vorgelegt.
- Bis Ende 2020 soll ein verwaltungsinterner Leitfaden unter der Federführung des Ausschusses Klimaschutz, Umwelt und Mobilität erarbeitet werden, wie man zu einer angemessenen Einschätzung der Klimafolgen von Gemeinderatsbeschlüssen kommt.

Robert Gerb Ursula Kuhn, Tanja König, Peter Tilmann